

Niederschrift

über die 17. öffentliche Sitzung der **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **14. Dezember 2011**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Angelobung in die Gemeindevertretung
3. Zusammensetzung der Ausschüsse
4. Beschlussfassung der Niederschrift vom 12. Oktober 2011
5. Berichte des Bürgermeisters
6. Jahresvoranschlag 2012
7. Jahresvoranschlag Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG 2012
8. Haushaltsbeschluss 2012
9. Stellenplan 2012
 - a) Allgemein
 - b) Seniorenwohnhäuser
 - c) Krankenhaus
10. Mittelfristiger Finanzplan
11. Europasteg Errichtungs- und Betriebs GmbH
12. Übernahme der GP 1065/22 KG Oberndorf in das Öffentliche Gut
13. Gestattungsvereinbarung mit der Republik Österreich (Treppelweg)
14. BHAK/BHAS Oberndorf - 7. Nachtrag zum Vertrag vom 12.01.1983/15.04.1983
15. Aufhebung des Pfandrechtes auf Gst. 911/6 KG Oberndorf
16. Bedarfsfeststellung nach dem Salzburger Kinderbetreuungsgesetz
17. Kinderspielplatz Gst. 1238/4 KG Oberndorf - Abänderung des Beschlusses
18. Aufträge, Anschaffungen
19. Subventionen
20. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Waltraud Lafenthaler
Stadtrat Dietmar Innerkofler
Stadtrat Wolfgang Stranzinger
GV Josef Auzinger
GV Wolfgang Oberer
GV Ing. Josef Eder
GV Ulrike Bazzanella-Müller, Dipl.Päd.
GV Bärbel Stahl
GV Ing. Florian Moser
2. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Gerhard Rosenstatter
GV Anna Schick
GV Peter Illinger
GV Markus Doppler
Stadtrat Dietmar Prem
GV Dipl.-Ing. Hans Weiner
Stadträtin Maria Petzlberger
GV Markus Strobl

GV Anneliese Höller

Entschuldigt abwesend:

GV Marion Reitsamer
GV Josef Hagmüller

Weiters anwesend:
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter
Doris Moßhammer, Leiterin Finanzverwaltung

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 9 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder ersucht die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben, um in einer Trauerminute dem vor wenigen Tagen verstorbenen Gemeindevertreter Johann Tutschka zu gedenken. Der Bürgermeister würdigt in kurzen Worten Hans Tutschka als engagierten Oberndorfer Bürger und einen Gemeindevertreter, der stets um das Gemeinwesen bemüht war. Die Gemeindevertretung wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Stadtrat Prem dankt im Namen seiner Fraktion dem Bürgermeister für seine Worte bei der Trauerfeierlichkeit und für die Parte der Stadtgemeinde in den Salzburger Nachrichten.

Bürgermeister Schröder begrüßt nun die Anwesenden zur Sitzung. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zugestellt. Es bestehen dagegen keine Einwände.

Der Bürgermeister informiert, dass in der SPÖ-Fraktion GV Michael Hillebrand um Karenzierung ersucht hat. Die Nächstgereichte, die ihm nachfolgen wird, ist Ulrike Bazzanella-Müller. Bei den GRÜNEN wird der karenzierten Gemeindevertreterin Dr. Andrea Voggenhuber als Nächstgereichter Markus Strobl folgen. Nach dem Todesfall von Gemeindevertreter Johann Tutschka wurde Ing. Johann Schweiberer von der NOW als Nächstgereichtem ein Wahlschein zugestellt, dazu gab es bisher jedoch keine Rückmeldung.

Stadtrat Prem: Die Frist war zu kurz, die Nachfolge wird in den nächsten Wochen geregelt und bekannt gegeben.

Da seitens der anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer keine Fragen bestehen, entfällt die Bürgerfragestunde.

2. Angelobung in die Gemeindevertretung

Bürgermeister Schröder ersucht Frau Bazzanella-Müller und Herrn Strobl vorzutreten und verliest die Gelöbnisformel wie folgt: „Ich gelobe, die Gesetze des Bundes und des Landes Salzburg gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die mir obliegende Verschwiegenheitspflicht zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen zu fördern.“ Die beiden geloben in die Hand des Bürgermeisters mit den Worten „ich gelobe“.

Bürgermeister Schröder begrüßt beide herzlich in der Gemeindevertretung und freut sich, dass sie dieses Amt annehmen. Er ersucht sie, die Gelöbnisformel zu leben und bietet ihnen die Zusammenarbeit an.

Nunmehr sind 22 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend, die Beschlussfähigkeit des Gremiums ist gegeben.

3. Zusammensetzung der Ausschüsse

Die neue Besetzung der Ausschüsse wurde von den Fraktionen schriftlich abgegeben. Eine entsprechende Liste wird mit diesem Sitzungsprotokoll an alle Gemeindevertretungsmitglieder versandt.

4. Beschlussfassung der Niederschrift vom 12. Oktober 2011

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 12. Oktober 2011 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

5. Berichte des Bürgermeisters

5.1. Sitzungsplan 2012

1. Halbjahr

Gemeindevorsteherung Mittwoch, 1. Februar, 19.00

Gemeindevertretung Mittwoch, 7. März, 19.00

Gemeindevertretung
(Jahresrechnung) Mittwoch, 25. April, 19.00

Gemeindevorsteherung Mittwoch, 13. Juni, 19.00

Gemeindevertretung Mittwoch, 4. Juli, 19.00

2. Halbjahr

Gemeindevorsteherung und
Gemeindevertretung Mittwoch, 26. September, 19.00

Gemeindevorsteherung Mittwoch, 14. November, 19.00

Gemeindevertretung
(Jahresvoranschlag 2013) Mittwoch, 12. Dezember, 19.00

5.2. Christbaumspende für die Hofburg

Die Christbäume für die Hofburg kommen heuer aus dem Bundesland Salzburg, u. zw. aus der Stadt Salzburg, aus Oberndorf und aus Mariapfarr. Übergabetermin an den Bundespräsidenten war heute um 11.00 Uhr. Es ist eine Auszeichnung für unsere Stadt, aus 119 Salzburger Gemeinden ausgewählt worden zu sein. Die Landeshauptfrau, die Baumspenderin Else Maier sowie 21 Kinder unserer Volksschule mit der Direktorin und drei weiteren Lehrkräften waren mit mir zusammen heute in Wien.

6. Jahresvoranschlag 2012

Der Jahresvoranschlag wurde zeitgerecht erstellt. Die Unterlagen wurden den Fraktionsvorsitzenden in Papierform zur Vorbereitung übermittelt. Jedes Mitglied der Gemeindevertretung erhielt mit dem Amtsbericht gesondert eine Zusammenstellung für den Jahresvoranschlag 2012.

Bürgermeister Schröder erläutert anhand der nachfolgenden Präsentationsunterlagen in den verschiedensten Teilbereichen das Budget 2012.

Jahresvoranschlag 2012

Entwurf

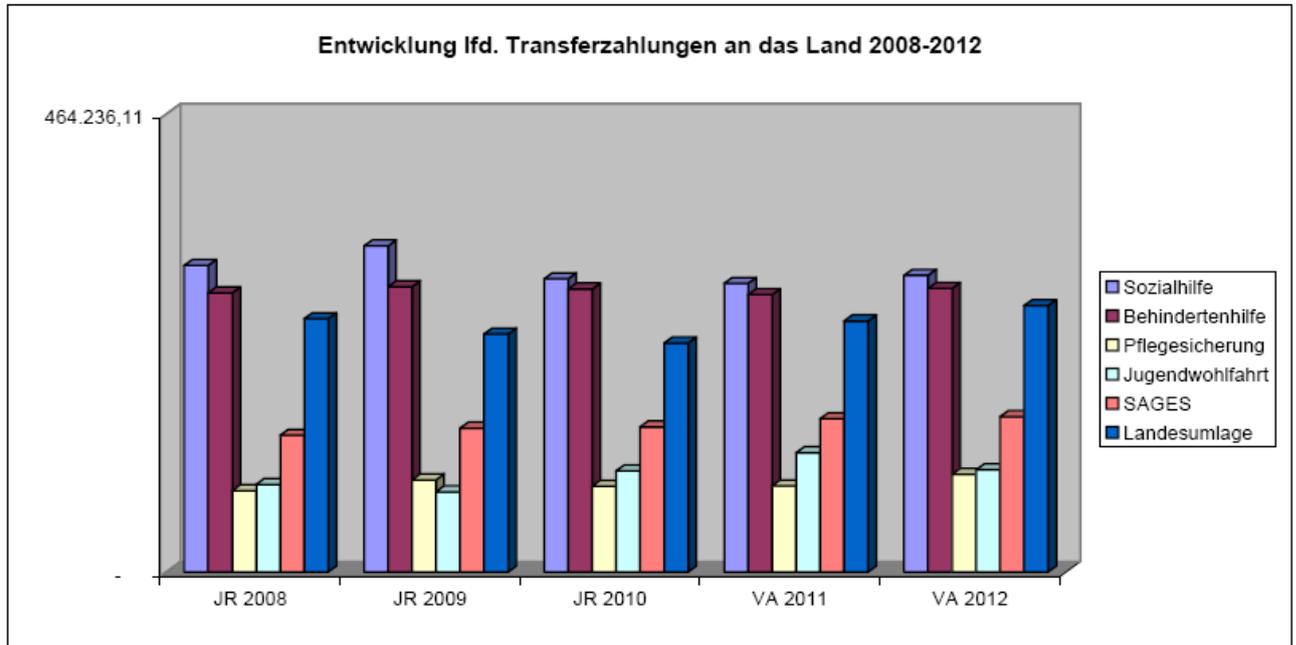
Zusammenfassung

	Voranschlag 2012	Voranschlag 2011	Ergebnis 2010
Ordentlicher Haushalt			
Gemeinde (ohne VWG)	11.943.700,00	11.260.000,00	11.336.934,07
Betrieb Seniorenwohnhäuser	9.396.600,00	9.065.900,00	8.522.285,66
Summe	21.340.300,00	20.325.900,00	19.859.219,73
Außerordentlicher Haushalt	9.157.500,00	8.110.500,00	3.310.126,57
Zwischensumme	30.497.800,00	28.436.400,00	23.169.346,30
abz. Doppelzählungen	5.325.400,00	5.157.800,00	4.703.922,53
Gesamtsumme Netto	25.172.400,00	23.278.600,00	18.465.423,77

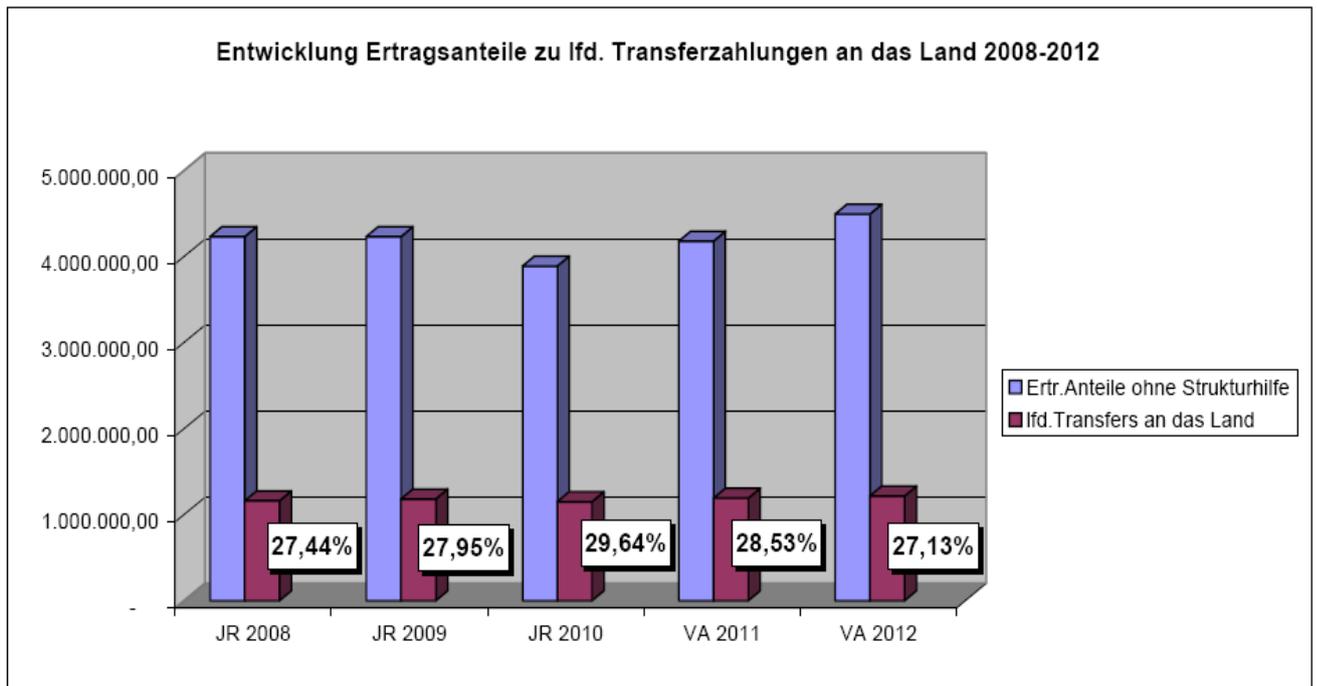


Ertragsanteile

Kontierung	Text	JR 2008	JR 2009	JR 2010	VA 2011	VA 2012
2/9250/8590	Bedarfsausgleich	267.532,92	277.913,28	294.979,12	324.900,00	335.700,00
2/9250/8592	nach abgestuftem Bev. Schlüssel	3.690.566,91	3.349.191,65	3.311.020,79	3.558.400,00	3.878.000,00
2/9250/8593	Getränkesteuerausgleich	215.584,69	216.976,67	219.200,92	230.700,00	210.400,00
2/9250/8594	Werbenausgleich	26.733,96	24.889,76	25.128,39	24.800,00	26.800,00
2/9250/8595	Finanzzuweisung gem. § 11 (5)	16.292,99	17.763,48	16.422,84	16.600,00	17.900,00
2/925/85960	Selbstträgerschaft gem. § 11 8FAG	13.088,71	22.484,29	22.484,31	22.500,00	22.500,00
	Zwischensumme	4.229.800,18	3.909.219,13	3.889.236,37	4.177.900,00	4.491.300,00
2/9470/8610	Strukturhilfe finanzschw. Gem.	198.339,29	107.480,23	108.844,77	108.900,00	89.000,00
Ertragsanteile		4.428.139,47	4.016.699,36	3.998.081,14	4.286.800,00	4.580.300,00

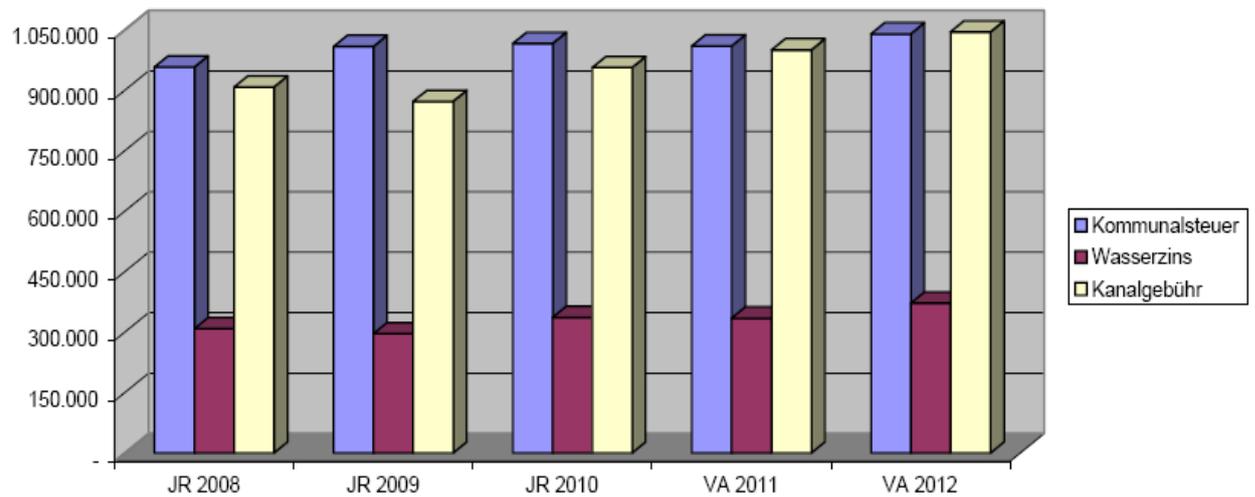


	JR 2008	JR 2009	JR 2010	VA 2011	VA 2012
Sozialhilfe	310.779,00	330.510,00	297.272,00	292.600,00	300.800,00
Behindertenhilfe	282.938,00	289.199,00	286.744,00	281.100,00	287.500,00
Pflegesicherung	82.515,00	93.504,00	87.147,00	87.300,00	99.000,00
Jugendwohlfahrt	88.854,00	81.588,00	102.559,00	121.000,00	103.600,00
Summe	765.086,00	794.801,00	773.722,00	782.000,00	790.900,00
SAGES	138.668,00	145.879,00	147.103,00	155.400,00	157.400,00
Landesumlage	256.724,42	241.380,05	232.118,53	254.500,00	270.100,00
Summe	1.160.478,42	1.182.060,05	1.152.943,53	1.191.900,00	1.218.400,00



Bezeichnung	JR 2008	JR 2009	JR 2010	VA 2011	VA 2012
Ertr. Anteile ohne Strukturhilfe	4.229.800,18	4.229.800,18	3.889.236,37	4.177.900,00	4.491.300,00
lfd. Transfers an das Land	1.160.478,42	1.182.060,05	1.152.943,53	1.191.900,00	1.218.400,00
in % zu Ertragsanteilen	27,44	27,95	29,64	28,53	27,13

Entwicklung Kommunalsteuer, Wasserzins und Kanalgebühr 2008-2012



Bezeichnung	JR 2008	JR 2009	JR 2010	VA 2011	VA 2012
Kommunalsteuer	957.696,46	1.008.664,75	1.016.144,07	1.010.000,00	1.040.000,00
Wasserzins	308.690,68	296.210,29	336.655,67	335.000,00	372.000,00
Kanalgebühr	908.169,52	872.669,05	956.445,23	1.000.000,00	1.045.000,00

Investitionen, GWG und sonstige Maßnahmen

Schulen	82.700,00
Kindergärten	27.900,00
Sanierung Kindergärten	141.600,00
Spielplätze	23.400,00
Jugendförderung	72.600,00
Sportförderung	36.000,00
Ortsbild, Park	28.400,00
Straßen	44.900,00
Straßenbeleuchtung	17.000,00
Gesamtsumme	474.500,00

Außerordentlicher Haushalt

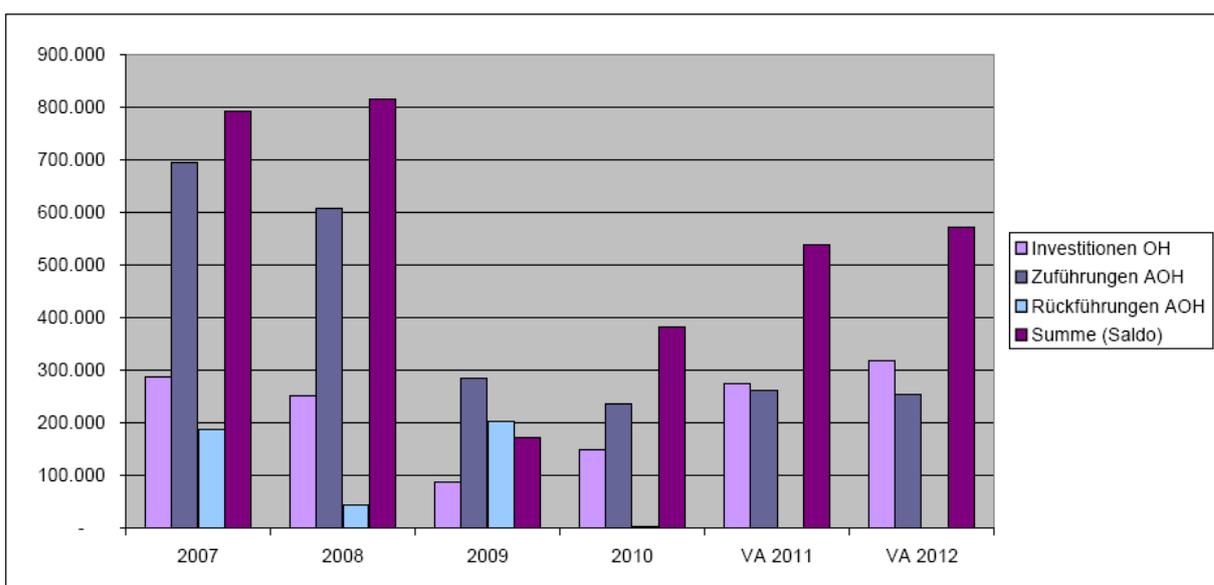
Stadtgemeinde/Immobilien KG	Voranschlag 2012	Zwischenfinanzierung	GAF	Gemeindetransfer
Neubau HAK/HAS/Poly	8.491.000,00	7.298.100,00	1.192.900,00	
Neubau Turnhalle HAK/HAS/PTS	160.000,00	134.500,00	25.500,00	
Summe HAK/HAS/PTS	8.651.000,00	7.432.600,00	1.218.400,00	

Stadtgemeinde/Immobilien KG	Voranschlag 2012	Zuführungen OHH/AOH	GAF	Gemeindetransfer
Sanierung Kindergärten	341.500,00	141.600,00	174.100,00	25.800,00
Straßenbau allgemein/Schulweg	115.000,00	67.900,00	47.100,00	
Sicherung Fußgängerübergänge	10.000,00	5.900,00	4.100,00	
Wasserleitung Schulweg	40.000,00	40.000,00		
Summe Stadtgemeinde	506.500,00	255.400,00	225.300,00	25.800,00

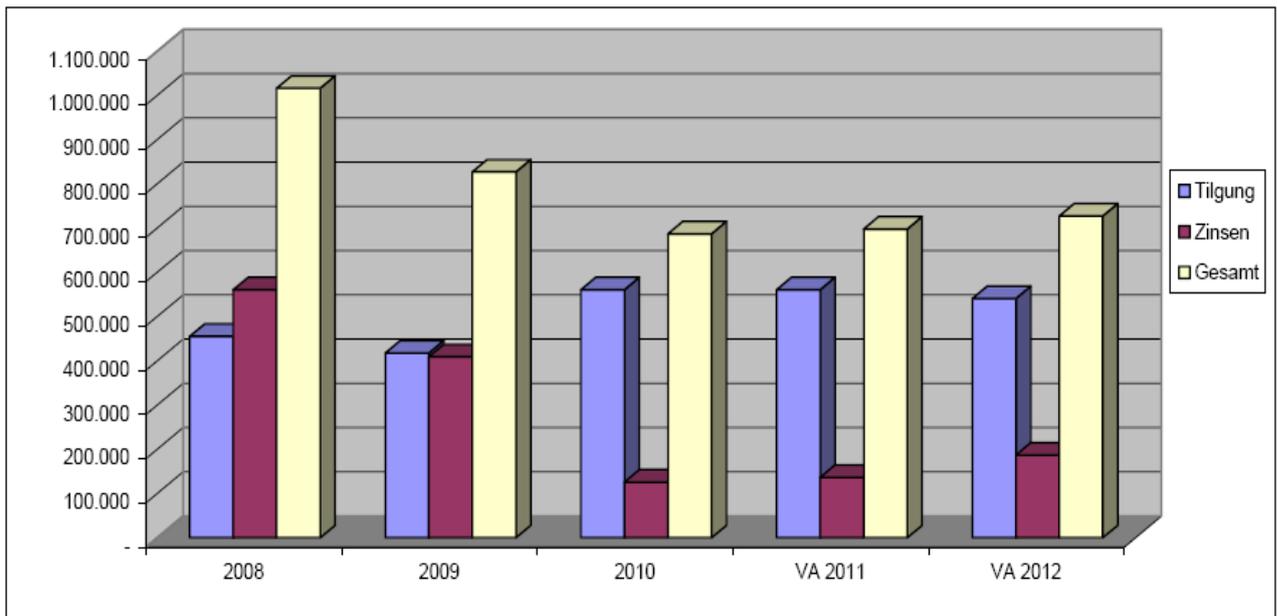
Gesamt AOH	9.157.500,00	7.688.000,00	1.443.700,00	25.800,00
-------------------	---------------------	---------------------	---------------------	------------------

Entwicklung Ordentlicher Haushalt - Investitionen

	2007	2008	2009	2010	VA 2011	VA 2012
Investitionen OH	286.737	251.345	88.800	148.491	273.900	316.900,00
Zuführungen AOH	694.667	607.173	285.500	236.238	262.900	255.400,00
Rückführungen AOH	188.817	43.548	203.200	2.672		
Summe (Saldo)	792.587	814.970	171.100	382.057	536.800	572.300



Entwicklung Tilgung-Zinsen-Gesamtschuldendienst



	2008	2009	2010	VA 2011	VA 2012
Tilgung	455.638,21	417.908,13	561.167,05	561.000,00	541.000,00
Zinsen	560.754,42	409.214,11	126.063,72	136.800,00	186.800,00
Gesamt	1.016.392,63	827.122,24	687.230,77	697.800,00	727.800,00

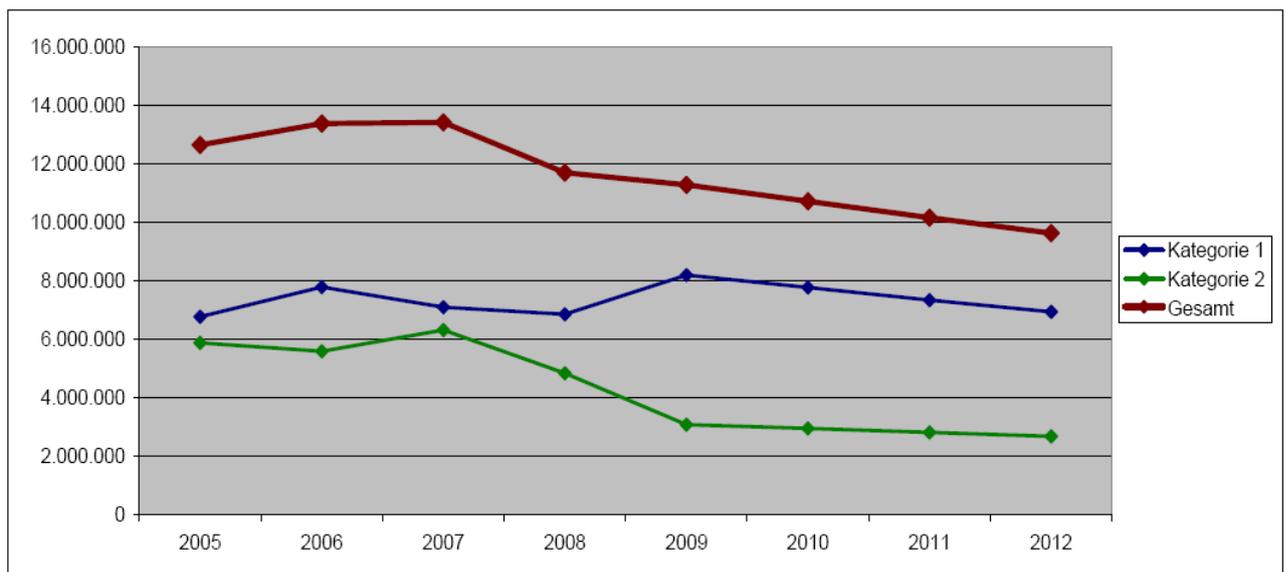
Entwicklung Darlehen vom 31.12.2005 bis 31.12.2012

	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	VA 2011	VA 2012
Kategorie 1	6.781.162	7.798.518	7.106.716	6.863.985	8.205.214	7.780.538	7.353.105	6.951.633
Kategorie 2	5.883.844	5.602.130	6.326.032	4.849.160	3.090.022	2.956.162	2.819.995	2.688.667
Summe Kategorie I u. II	12.665.006	13.400.648	13.432.748	11.713.145	11.295.236	10.736.700	10.173.100	9.640.300
Kategorie 3					230.368	2.048.379	9.463.100	14.632.600
Gesamt	12.665.006	13.400.648	13.432.748	11.713.145	11.525.604	12.785.079	19.636.200	24.272.900

Kategorie 1: Schulden deren Schuldendienst mehr als zur Hälfte aus allgemeinen Deckungsmitteln getragen wird.

Kategorie 2: Schulden für Einrichtungen bei denen jährlich ordentl.Einnahmen von mindestens 50 % der ordentl.Ausgaben erzielt werden.

Kategorie 3: Schulden , die für andere Gebietskörperschaften aufgenommen worden sind und deren Schuldendienst mindestens zur Hälfte erstattet wird.



Bürgermeister Schröder ergänzt, dass der Haushalt der Stadtgemeinde nach strengen wirtschaftlichen Kriterien erstellt wurde. Die Einnahmen wurden so abgerechnet, wie sie ins Haus stehen, die Ausgaben wurden nicht mit Risiko berechnet. Er bedankt sich bei den Mitarbeitern im Amt für die Budgeterstellung bzw. für die Arbeit das gesamte Jahr über und stellt den Jahresvoranschlag 2012 zur Diskussion.

Stadtrat Prem: Wir haben den Voranschlag in Zweijahresabständen verglichen und haben uns den Schuldenstand der Jahre 2008 - 2010 - 2012 angesehen. Es ändert sich nicht sehr viel, ähnlich ist es bei den Haftungen - auch hier gibt es nicht sehr viel Differenz. Was auffällig ist, dass für die Haftungen 2012 wesentlich mehr Zinsen bezahlt wurden als 2010 (*Stadtrat Prem verweist auf Seite 41 des Voranschlags und nennt als Beispiel den Vergleich Kanalbau BA 07/08*). Was ist da der Grund für die Zinserhöhung?

Frau Moßhammer: Für die BA 07 und 08 wurden zur Bereinigung damals Darlehen aufgenommen. Die sind derzeit tilgungsfrei, die Tilgung beginnt 2013. D. h., es werden nur Zinsen bezahlt und durch die Steigerung der Zinsen schlagen diese im Verhältnis der Höhe natürlich sehr zu Buche.

Stadtrat Prem: Rückstellungen und Rücklagen wurden nun getrennt ausgewiesen, dafür danke ich. Die Personalkosten lagen 2008 bei 4,9 Mio., 2009: 5,9 Mio. (große Abfertigungen), 2010: 5,7 Mio., 2011: 6,1 Mio. und 2012 steigen sie wieder um 318.000,-- Euro. Wohin wird sich das entwickeln? Das ist nicht gut. Bei den Schulden des Reinhalteverbandes hat sich auch nichts geändert, es gibt nicht viel Neues. Da sich insgesamt nichts geändert hat, gibt es unsererseits auch keine Zustimmung.

Frau Moßhammer hält zu den Personalkosten fest: Stadtgemeinde und Seniorenwohnhäuser sind zu trennen. Die Stadtgemeinde wurde hinsichtlich der Einmalzahlungen bereinigt, die einzelnen Ansätze wurden angesehen: Pensionen, Doppelzahlungen für Einlernzeiten, Erhöhung Beschäftigungsausmaß eines Dienstpostens auf 100 %, Vertretung für EDV-Mitarbeiter, weil diese Arbeit durch eine Person auf Dauer nicht hinreichend abzudecken ist (hat auch die Verwaltungsgemeinschaft der Seniorenwohnhäuser zu bedienen), Fixanstellung Kindergarten-Sprachförderung, Erhöhung Eigenreinigung SPZ (= Verschiebung Lohnkosten Fremdreinigung), Bauhof: 1 Stelle hochgerechnet und nicht besetzt, 1 Pensionierung - Neubesetzung.

Bürgermeister: Das Ganze ist inklusive einer Lohnerhöhung und Vorrückungen von 4 % zu betrachten, nicht zu übersehen die Erhöhung bei der EDV und auch im Seniorenwohnbereich. Zu den „geparkten“ Schulden: diese sind nicht „geparkt“, sondern werden aus den Kanalgebühren und Interessentenbeiträgen abbezahlt. 2009 mussten die Bauabschnitte 07 und 08 hinsichtlich der Planungskosten bereinigt werden. Dadurch war die Darlehensaufnahme notwendig. In Abstimmung mit der Abteilung 11 des Landes war das im Haushalt der Stadtgemeinde zu buchen. Die Aufnahme des Darlehens erfolgte 2010.

Stadtrat Prem: Gab es eine Einschau der Gemeindeaufsicht?

Bürgermeister: Ja, der Einschaubericht wird den Fraktionen zugestellt.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Das Budget beschränkt sich im Wesentlichen auf Pflichtaufgaben. Es wird nicht möglich sein, neue Akzente zu setzen, speziell bei den Investitionen im Ordentlichen Haushalt (größtenteils Ersatzanschaffungen). Im Außerordentlichen Haushalt befinden sich der Kindergarten III und der Schulweg, der seit drei oder vier Jahren im Jahresvoranschlag zu finden ist. Mehr ist nicht möglich. Daher gibt es auch nicht viel zu sagen. Wir werden dem Voranschlag unsere Zustimmung erteilen und bedanken uns beim Amt für die geleistete Arbeit.

Bürgermeister: Der Schulweg wurde in der Aufgabenliste fortgeschrieben, er war jedoch nie budgetiert. Die budgetierten Aufgaben wurden umgesetzt.

Stadträtin Petzlberger: Wir stimmen dem Budget zu und haben dieselben Argumente wie Hannes Danner. Für uns passt es und daher brauche ich das nicht zu wiederholen. Mein Dank geht an Doris Moßhammer und ihr Team. Sie haben sich sehr viel Zeit für die Erklärungen genommen.

Bürgermeister: Der geringe Handlungsspielraum ist natürlich auch auf die begrenzten Einnahmen zurückzuführen. Wir haben im Bereich der Kommunalsteuer keine großen Einnahmen, da wir leider kein verfügbares Gewerbegebiet haben, so wie dies in anderen Gemeinden der Fall ist. Wir müssen jede Förderung ausnützen, die sich bietet. Wir haben präventiv für den Kindergarten aus einer Sonderfinanzierung um Förderung angesucht und € 11.000,-- bekommen. Es wird also versucht, alles was möglich ist zu lukrieren. Dieser Betrag ist im Verhältnis zwar keine große Summe, doch bei unserem Spielraum schon.

Stadtrat Stranzinger *(die Wortmeldung wurde schriftlich zur Verfügung gestellt):*

„Ich möchte mich zunächst einmal im Namen meiner Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtgemeinde für ihr engagiertes Arbeiten für die Oberndorfer Bürgerinnen und Bürger bedanken. Trotz der - wie wir alle sehr gut wissen - keineswegs optimalen Bedingungen, was die räumliche Situation und die Ausgestaltung der Arbeitsplätze betrifft, wird hier für die Oberndorfer Bevölkerung und für die Region effizient gearbeitet und Bürgernähe bewiesen. Dafür ein herzliches Dankeschön!

Leider vergeht kein Tag, an dem die Medien nicht über Konjunkturunbruch, Schuldenkrise, Rettungsschirm, Sparprogramm, Schuldenbremse und Ähnliches berichten. Wissenschaftler und Finanzfachleute sind sich überhaupt nicht einig, wie es in der Zukunft in der EU weitergeht. Was gestern noch als gesichert gegolten hat ist möglicherweise heute schon überholt. Natürlich bleiben die Auswirkungen dieser anhaltenden Krise nicht nur auf Europa begrenzt. Auch im Jahr 2012 werden laut Aussage von Gemeindebundpräsident Mödlhammer etwa 1/3 der österreichischen Gemeinden kein ausgeglichenes Budget erstellen können. Trotz der äußerst schwierigen Rahmenbedingungen ist es unserem Bürgermeister Peter Schröder in Zusammenarbeit mit seinen Fachleuten wieder gelungen, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Ein Budget mit zugegebenermaßen wenig Spielraum nach oben, aber ohne Kürzung bei den gewohnten Förderungen für Vereine und Institutionen. Ein Budget, das notwendige Investitionen in die Infrastruktur sichert, wie die schon lange geplante und geforderte Sanierung des Schulweges. Ein Budget, in dem die Sanierung des Kindergarten III enthalten ist, mit Kosten in Höhe von 336.000,-- Euro, der Neubau einer Turnhalle für HAK/HAS und Polytechnikum und vieles mehr.

Und auch die Schulden konnten im Vergleich mit dem Budgetansatz aus dem Vorjahr wieder um mehr als 500.000,-- Euro reduziert werden. Der Schuldenstand der Kat. I und II beträgt jetzt für 2012 9,640.000,-- Euro, die Schulden der Kat. III belaufen sich auf 14,633.000,-- Euro. Das sind aber größtenteils Schulden, die der Bund zu tragen hat und die den Haushalt von Oberndorf langfristig nicht belasten.

Das alles ist nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis einer vernünftigen, vorausschauenden Amtsführung der letzten Jahre durch Bürgermeister Schröder mit Unterstützung seiner SPÖ-Fraktion. Ohne die Umsetzung von so richtungsweisenden Projekten wie beispielsweise die Gründung einer Verwaltungsgemeinschaft für die Seniorenwohnhäuser Oberndorf und Bürmoos oder das PPP-Modell zur Betriebsführung des Krankenhauses und der Ausbau zum Gesundheitszentrum wären wir in einer wesentlichen ungünstigeren finanziellen Situation.

In den nächsten Jahren kommen große Herausforderungen auf uns zu, neben den laufenden Pflichtaufgaben sollen mehrere kostenintensive Vorhaben zur Umsetzung gelangen.

Durch das Auslaufen des Pachtvertrages für den OSK-Platz wird es bis 2017 notwendig sein, eine Lösung für einen neuen Sportplatz zu finden. Für dieses Projekt gibt es eine Kostenschätzung in Höhe von 2 Millionen Euro.

Das Stadtamt in seiner jetzigen Form entspricht in keinster Weise mehr den Anforderungen an ein Dienstleistungszentrum, auch hier wird es in den nächsten Jahren notwendig sein, über eine Verbesserung des momentanen Zustandes nachzudenken. Für einen allfälligen Neubau des Stadtamtes gibt es eine Schätzung der Gesamtkosten in Höhe von € 6,6 Mio.. Aus Anlass des 200-Jahr-Jubiläums „Stille Nacht“ 2018 wurde in den letzten Monaten dieses Jahres in Zusammenarbeit mit dem Land Salzburg ein Konzept zur Erschließung und besseren Vermarktung des Stille-Nacht-Themas erstellt. Für die Maximalvariante hat Landeshauptmann-Stv. Haslauer eine Kostenbeteiligung des Landes von etwa 50 % der Gesamtkosten in Aussicht gestellt, der für Oberndorf verbleibende Anteil würde mehr als 2 Millionen Euro betragen. Nachdem hier unserer Meinung nach kein großer wirtschaftlicher Mehrertrag für unsere Stadt erkennbar ist, wird man über Varianten in einer abgespeckten Form nachdenken müssen. Bedauerlich ist, dass Herr Landeshauptmann-Stv. Haslauer als zuständiger Gemeindefürsprecher der Salzburger Landesregierung in Kenntnis der Oberndorfer Finanzsituation in diesem Fall seine Verantwortung, die er gegenüber allen Salzburger Gemeinden hat, offensichtlich nicht wahrnimmt. Hier lassen wir uns sicher nicht in ein finanzielles Abenteuer drängen, das wir uns in dieser Form einfach nicht leisten können. Der erste Schritt für all diese zukünftigen Projekte wäre meines Erachtens eine klare Positionierung aller Fraktionen, eine Prioritätenreihung, das Einbringen von alternativen Vorschlägen und ein eindeutiges Bekenntnis für die Umsetzung einer der möglichen Varianten. Und weil ja auch bald Weihnachten kommt, würden wir uns von unseren politischen Mitbewerbern wünschen, dass angesichts dieser enormen Herausforderungen alle Fraktionen einmal ihre eigenen Interessen hintanstellen und Beschlüsse im Sinne unserer Stadt und ihrer Bewohner fassen. Wie gesagt, ein frommer Wunsch. Für die SPÖ Oberndorf ist ganz klar, dass wir den von Bürgermeister Peter Schröder eingeschlagenen, erfolgreichen Weg konsequent fortsetzen werden. Unser Ziel ist die langfristige Absicherung der Finanzen und eine weitere positive Entwicklung unserer Stadt und unserer Region zum Wohle aller Gemeindebürger. Selbstverständlich stimmen wir dem Budget zu.“

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Eine Antwort auf den letzten Satz: Ich bin seit 1987 in der Gemeindevertretung und mit dem Bürgermeister „Dienstältester“. Ich lasse mir nicht vorwerfen, dass wir nur unsere eigenen Interessen in den Vordergrund stellen. In den 24 Jahren habe ich nur die Interessen der Gemeinde in den Vordergrund gestellt, nicht die der ÖVP oder meiner Person. Zum vielzitierten Schuldenabbau: Wir haben in der Präsentation gesehen, dass die Schulden nominell abgebaut wurden. Wir haben noch ca. 1,6 Mio. in der Schuldenkategorie 3. Die Verschiebung zwischen Zinsen und Tilgung ist ein Verdienst der niedrigen Zinsen. Das freut uns, ist aber ein wesentlicher Teil des Schuldenabbaus. Zum Spielraum ist zu bemerken: Trotz Privatisierung des Krankenhauses gibt es keinerlei Spielraum.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Im Überprüfungsausschuss habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass es im nächsten Jahr noch eine Forderung geben wird: Das Land verlangt, dass die Gemeinden nicht mehr als 50 % ihrer Einnahmen an Haftungen eingehen dürfen. Derzeit liegen wir bei ca. 70 %. Entweder diese Grenze wird geändert oder wir entsprechen nicht den Vorgaben des Landes. Es werden hier Schuldenbemessungen eingeführt. Wie wir das machen werden, weiß ich nicht.

Bürgermeister: Stimmt, das ist eine Grenze, über die nicht nachgedacht wurde. Wir mussten die Haftung für die Überleitung nach Siggerwiesen übernehmen, was nicht zu Oberndorf gehört. Es passt hier einiges noch nicht zusammen. Es macht einen Unterschied, ob eine Haftung von der Gemeindevertretung alleine beschlossen wird oder ob es einen Rückhalt durch die Abteilung 11 des Landes gibt.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Jahresvoranschlag 2012 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend - GV Illinger war bei der Beschlussfassung nicht im Sitzungszimmer): 19 Stimmen dafür, 2 dagegen (NOW)

7. Jahresvoranschlag Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG 2012

Die Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt wurden den Fraktionsvorsitzenden in Papierform zur Vorbereitung zur Verfügung gestellt und haben folgende Punkte zum Inhalt:

- Gegenüberstellung Gesamtsummen
- Gesamtübersicht nach Gruppen Ordentlicher Haushalt
- Zuschüsse von und an Gebietskörperschaften
- Nachweis der Rücklagen
- Nachweis der Schulden
- Voranschlagsquerschnitt
- Posten Ordentlicher Haushalt

Frau Moßhammer erläutert kurz das Voranschlagsvolumen wie folgt:

Das Budgetvolumen der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG beträgt € 9.124.300,00. Davon entfallen auf den Neubau der Schulen HAK/HAS/PTS € 8.491.000,00 und auf die Planung der Turnhalle HAK/HAS/PTS € 160.000,00.

Die Hauptschule, unter deren Ansatz auch das Gebäude Bauhof und die Nahwärme verbucht sind, hat ein Volumen von € 287.900,00, die Altgebäude PTS und HAK/HAS € 72.700,00 und € 112.700,00.

Für die Hauptschule veränderte sich die Miete im Jahr 2012 um die aktivierungspflichtigen Kosten für die Adaptierung der BORG-Klasse in der Höhe von € 24.934,74, davon 1,5 %, ergibt eine Nettoerhöhung von € 374,00.

Die Adaptierungskosten für die BORG-Klasse wurden vom Bund übernommen. Die Betriebskosten für diese Klasse werden im Verhältnis der Schülerzahl von den Gesamtbetriebskosten verrechnet.

Unter dem Ansatz "617" Bauhof wurde in der Immobilien KG die Sanierung der Fenster in der Höhe von € 26.200,00 verbucht.

Durch die Fertigstellung der Schulen HAK/HAS/PTS mit Beginn des Schuljahres im September 2012 wurde die Miete bis August für das alte Schulgebäude, ab September dann für das neue Schulgebäude berechnet.

Durch die Einbeziehung der Errichtungskosten in die Mietberechnung ergibt sich für die HAK/HAS eine Erhöhung der Miete um € 50.900,00, für die PTS um € 12.300,00. Diese unterschiedliche Erhöhung ergibt sich durch den geringeren Prozentanteil der PTS an den Errichtungskosten (32,5%) und die Abzugsfähigkeit des GAF von den aktivierungspflichtigen Kosten.

Bei den Betriebskosten wurden die Energiekosten Strom und Gas für 12 Monate durchgerechnet und für das letzte Quartal etwas erhöht.

Diese Miete wird im Voranschlag 2012 als Rücklage verbucht, da erst nach Bauendabrechnung getilgt wird.

Stadtrat Prem: Wir stimmen dem Voranschlag zu. Die Leistungen an den Neubau HAK/HAS/PTS für 2010 bis 2012 betragen 18,355 Mio. Euro. So ist es festgeschrieben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Jahresvoranschlag 2012 für die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

8. Haushaltsbeschluss 2012

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Für den Haushaltsbeschluss 2012 wurde als Grundlage der VPI August – Oktober 2011 mit der Erhöhung von 3,4 - 3,6 % verwendet. Die hohe Teuerungsrate trifft die Gebührenhaushalte sowohl bei den Investitionen, Instandhaltungen und Wartungen als auch bei den laufenden Betriebskosten, wie Strom, Gas, Treibstoffe u. a..

Besonderes Augenmerk ist auf die **Gebührenhaushalte Wasser und Kanal** zu richten. Bei Zugrundelegung des Vorjahresverbrauches von 300.700 m³ Wasser und 333.200 m³ Kanal ergibt die Gebührenerhöhung Mehreinnahmen von € 45.348,00. Einkalkuliert wurde im Voranschlag 2012 auch ein Mehrverbrauch von 7000 m³, der sich auf die Eröffnung der Reha, die Vergrößerung des Krankenhauses und den allgemeinen Verbrauch begründet. Die Interessentenbeiträge der Stadtgemeinde Oberndorf werden in den nächsten Jahren zwischen € 35.000,00 und € 55.000,00 betragen. Durch laufende Sanierungskosten des Wasser- und Kanalsystems, Steigerung der Betriebskosten (+ € 88.100,00) und der Annuitäten ist zum Ausgleich eine Erhöhung unbedingt notwendig.

Die Hochrechnung des Gebührenhaushaltes **Abfallentsorgung** für das Jahr 2011 und die Kalkulation für das Voranschlagsjahr 2012 ergeben keine Notwendigkeit einer Erhöhung.

Die **Vergnügungssteuer** wurde bei den Geldspielautomaten um € 153,00 auf € 190,00 erhöht, um eine vermehrte Ansiedelung von „Wettbüros“ zu erschweren.

Die **Ortstaxe** wird auf Vorschlag des Tourismusverbandes auf € 0,50/Nächtigung erhöht. Die Eintrittsgelder für das **Heimatmuseum und das Marktstandentgelt** wurden nicht erhöht.“

Stadtrat Prem: Muss die Erhöhung des Wasserzinses unbedingt sein? Brauchen wir das für den Schulweg?

Bürgermeister: Es geht um die Sanierung verschiedenster Wasserleitungen, um Ansparungen sowie um Haftungen in dem Bereich und um den Schuldenstand im RHV abzubauen.

Stadträtin Petzlberger: Wir glauben, die Erhöhung muss nicht unbedingt sein. Die Bürger haben enorme Belastungen (Benzin, Heizöl etc.) - es ist schlecht für die Bürger. Wir erhöhen hier um 3,5 %, bei den Kassenkrediten sind es 7 %.

Frau Moßhammer: Die Kassenkredite erfahren keine Erhöhung. Sie wurden im März beschlossen, das ist jetzt angeglichen worden. Es waren alte Kredite, die nun zu evaluieren waren. Es wurde alles zusammengefasst. Das findet sich nun in den Krediten wieder. Wir haben fast keine Überschreitungen und keine Minusbeträge, unsere Liquidität freut mich. Die Erhöhung der Wasser- und Kanalgebühren bringt uns etwa € 45.000,- an Mehreinnahmen. Wir brauchen die Mehreinnahmen, denn es sind die verschiedensten Dinge zu bezahlen. In einer engeren Kalkulation wären wir gar nicht kostendeckend.

Stadtrat Innerkofler: 10 Euro pro Jahr sind sicherlich gerechtfertigt. Wir wollen alle immer mehr.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Haushalt der Stadtgemeinde Oberndorf für das Jahr 2012 in der vorliegenden Form zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

9. Stellenplan 2012

a) Allgemein

Der Stellenplan lag zur Einsicht im Fraktionsordner auf.

Änderung der Bewertung:

Pos. 1.20.3, Rückführung des Planpostens von c-I-V in d/c-I-IV

Stellenplanausweitung:

Pos. 1.40.6 EDV, Bewertung b-II-VI, 100 % - Refundierung durch VWG

b) Seniorenwohnhäuser

Auch dieser Stellenplan lag zur Sitzungsvorbereitung im Fraktionsordner auf.

Stellenplanausweitung:

Pos. 41.20.41, Pflegepersonal, Bewertung d/c I-IV, 100 %

Pos. 91.10.3, ANHANG EDV, Bewertung b-II-VI, 100 %

c) Krankenhaus

Der Stellenplan des Krankenhauses lag ebenso im Fraktionsordner auf.

In der Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED Management und Service GmbH & Co KG wurde die Personalbeistellung des bei der Stadtgemeinde Oberndorf im Krankenhaus beschäftigten Personals geregelt. Die Stadtgemeinde Oberndorf hat dazu mit der Gemeinnützigen Oberndorfer Krankenhausbetriebs GmbH einen Personalbeistellungsvertrag abgeschlossen. Alle mit Stichtag 31.03.2008 bei der Stadtgemeinde Oberndorf angestellten Mitarbeiter werden weiterhin im Stellenplan der Stadtgemeinde Oberndorf bis zur Beendigung ihres Dienstverhältnisses geführt. Mit der Abteilung 11 wurde vereinbart, dass zur besseren Übersicht der Stellenplan in den nächsten Jahren in seinem ganzen Umfang weitergeführt werden soll. Ausgeschiedene Dienstnehmer bzw. frei werdende Dienstposten sind mit N.N. zu kennzeichnen.

Bürgermeister: Die Personalstatistik des Krankenhauses sieht wie folgt aus: 125 Vollzeit- und 131 Teilzeitbeschäftigte, zusammen sind also 256 Dienstnehmer im Krankenhaus beschäftigt. Davon sind derzeit 138 Mitarbeiter bei der Stadtgemeinde und 118 bei der GOK angestellt. Dazu kommen im Bereich des Gesundheitszentrums Oberndorf noch die Mitarbeiter des Reha-Zentrums und des Servicecenters.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Ist es richtig, dass das Seniorenwohnhaus die vorhandenen Kapazitäten nicht ausnutzen kann, weil zu wenig Personal da ist?

Bürgermeister: Nein, das stimmt nicht. Wir hatten in Bürmoos kürzlich 12 Betten frei, in Oberndorf waren es 8, weil in letzter Zeit so viele Bewohner verstorben sind. Der Personalschlüssel hat für die Bewohner ausgereicht. Zwischenzeitlich gibt es wieder Neuanstellungen; ich glaube, es gibt auch schon wieder Neuzugänge.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Stellenplan der Stadtgemeinde, der Seniorenwohnhäuser und des Krankenhauses (Punkte a) - c) für 2012 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

10. Mittelfristiger Finanzplan

Die entsprechenden Unterlagen wurden den Fraktionsvorsitzenden in Papierform zur Vorbereitung übermittelt.

Bürgermeister: Der Mittelfristige Finanzplan beinhaltet die Planung für die nächsten Jahre, sprich für den Zeitraum 2012 bis 2015. Wir haben ihn fortgeschrieben mit einer Erhöhung bei den Ertragsanteilen um 1 % (Vorgabe der Abteilung 11) und 1,5 % bei den Ausgaben. An verfügbaren Mitteln bleiben für 2013 25.000 Euro, 72.000 Euro für 2014 und 54.000 Euro für 2015. Die entsprechenden Erläuterungen dazu wurden mit dem Amtsbericht zugestellt.

Die großen Projekte wurden in der Beilage dazu in alphabetischer Reihenfolge angeführt. Es gibt den Bereich der Ermessensausgaben, die zur Pflicht geworden sind: für die Sicherheit im Ort - Fahrzeugankauf Feuerwehr, Sportplatz, Stadtamt, Stille-Nacht-Projekt, Straßenbau allgemein, Turnhalle HAK/HAS/PTS. Es gibt noch einiges zu tun in dem Maß, wie wir es uns leisten können.

Es war auch in der Presse zu lesen, dass für den Stille-Nacht-Bezirk LH-Stv. Dr. Haslauer 2 Mio. für das Gesamtprojekt zugesagt hat. Die restlichen 2 Mio., die wir noch aufbringen müssten, sind nicht möglich. Die „abgespeckte“ Variante wäre der Alte Pfarrhof. Ich habe von Dr. Haslauer einen Brief erhalten und werde ihn entsprechend der heutigen Entscheidung der Gemeindevertretung beantworten. Es sollte mit ihm noch ein Gespräch geführt werden. Ich denke zum Beispiel auch an die Möglichkeit einer Landesausstellung und würde ihm anbieten, dass das Land Salzburg den Alten Pfarrhof für die Landesausstellung mieten kann. Wir könnten dies in Form eines PPP-Modells anbieten und die Mieteinnahmen für die Sanierung verwenden. Es wird auch noch ein Gespräch mit dem Tourismusverband geben, doch hier ist auch nicht viel Geld vorhanden. Für das Gesamtprojekt in der dargestellten Form bin ich nicht zu haben.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Der Mittelfristige Finanzplan ist ein Wunsch-Plan, verstehe ich das richtig? Wir können ihn nicht umsetzen. Wir müssen Prioritäten setzen und dann entscheiden, was wir wirklich umsetzen.

Bürgermeister: Der Mittelfristige Finanzplan ist nicht etwas, was die Gemeinden sich wünschen, denn an dem Tag, an dem er geschrieben wird, stimmt er schon nicht mehr, es ist ein Schätzplan. Er spiegelt die Annahmenberechnung für die nächsten Jahre wider. So wurde es uns von der Abteilung 11 vorgegeben. In dieser Höhe haben wir die machbaren Dinge hineingeschrieben. Die geplanten Großprojekte sind nur aufgelistet, weil es Überlegungen in diese Richtung gibt. Stünden sie nicht da, würde mir vorgeworfen werden, ich würde etwas verschweigen. Der Mittelfristige Finanzplan ist eine Hypothese.

GV Rosenstatter: Das wissen wir alle, doch wenn man sich die Zahlen ansieht, haben wir in den nächsten drei Jahren frei verfügbare Mittel von € 150.000,--. Davon können wir mit den Rücklagen maximal die Feuerwehrautos, was eine Pflichtaufgabe ist, finanzieren. Alles andere ist unrealisierbar (z. B. Stadtamt etc.).

Bürgermeister: Genau das habe ich eben festgestellt. Doch ich muss die Dinge auflisten, weil darüber gesprochen wird. Es darf - wie gesagt - nicht heißen, dass der Bürgermeister etwas verschweigt (HAK/HAS, Planung Turnhalle, Kindergarten). Fest steht, dass wir keinen Spielraum haben. Wir wissen auch noch nicht, was sich in nächster Zeit am Zinssektor tun wird. Vielleicht kommen die Ertragsanteile mit 2,5 % hinein, dann sieht es wieder ganz anders aus. Doch wir haben vom Land noch keine Meldung und daher wäre es unseriös, dies so hineinzuschreiben. Der Mittelfristige Finanzplan ist daher nur ein Fortschreiben der Dinge, die notwendig wären. Überdies ist er ausgeglichen zu erstellen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Über Sinn und Unsinn des Mittelfristigen Finanzplanes kann man lange diskutieren. Er ist eine Leitlinie, wo die Richtung hingehet. Bei den festgeschriebenen

Zahlen erübrigt sich die Realisierung der Großprojekte, denn wir können derzeit nicht einmal die Feuerwehrfahrzeuge zur Gänze finanzieren. Die Diskussion ist müßig. Umso mehr ist es notwendig, dass über kreative Lösungen nachgedacht wird. Sicher könnte die Landesausstellung ein Thema sein. Die Kostenschätzung, wie sie derzeit vorliegt, halte ich für grob übertrieben. Man kann mit einem erheblich geringeren Betrag auch Sinnvolles umsetzen. Für die Finanzierung des Oberndorfer Anteils könnte man sicher auch Einnahmen lukrieren. Irrendwie muss man es schaffen, bis 2018 mit dem Gebäude des Alten Pfarrhofs etwas zu tun. Mit den anderen Projekten gibt es vielleicht auch Überlegungen. „Nicht betriebsnotwendiges Vermögen“ einzusetzen, wird in der Privatwirtschaft oft empfohlen. In einer ausführlichen Runde darüber nachzudenken, ist sicherlich sinnvoll.

Bürgermeister: Ich bin gerne zur Diskussion bereit. Den Vorschlag bezüglich der Landesausstellung habe ich anlässlich des Termins bei Dr. Haslauer unterbreitet. Vielleicht denkt ihr (*an die ÖVP-Fraktion gerichtet*) verstärkt darüber nach und unterstützt das auch. Das gesamte Projekt wird nie möglich sein, Teilbereiche muss man überdenken. Wie sie dann aussehen, wird sich zeigen. Der Alte Pfarrhof wird uns bautechnisch einiges abverlangen. Hier sollten wir zuerst diskutieren. Wenn ein gewisses Potential vorhanden ist, kann man darüber reden, doch man kann von uns nicht verlangen, zwei Mio. Euro Darlehen aufzunehmen. Die Gemeindeaufsicht würde das nie genehmigen. Dr. Haslauer ist dafür verantwortlich. Es war so eine Initialzündung von ihm. Wenn man will, kann es ein gutes Projekt werden. Wir haben derzeit in Summe pro Jahr Ausgaben für den Stille-Nacht-Bezirk in der Höhe von rund € 50.000,-. Inklusiv Weihnachtsbeleuchtung. Der Tourismusverband wird eingeladen, bei den Gesprächen tatkräftig mitzuberaten.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Diskussionsbedarf ist noch bei allen Projekten gegeben und es müssen Lösungen gefunden werden. Die Gespräche müssen intensiv betrieben werden, denn die Zeit vergeht schnell. Wir müssen uns heute den Auftrag mit nach Hause geben, schnell in die Diskussion einzutreten, um Projekte zusammenzubringen. Dass alle drei Vorhaben wichtig sind, wissen wir.

Bürgermeister: 2005 habe ich den Landeshauptmann-Stellvertreter schon kontaktiert. Ich stehe nicht an, kreative Lösungen zu suchen und auch zu finden. Dass Gespräche zu führen sind, ist mir klar. Doch Termine zu bekommen bei einem Landesregierungsmitglied - das dauert zwei bis drei Monate. Ich habe jedoch eure Unterstützung mitzuarbeiten und mit mir diesen Diskurs zu führen.

Stadtrat Stranzinger freut sich über die Diskussion und bemerkt, dass es wichtig ist, sich hier nicht in ein Projekt „hineintheatern“ zu lassen, das für Oberndorf keinen Mehrwert bedeutet. Für Oberndorf muss etwas übrig bleiben.

2. Vizebgm. Mayrhofer ergänzt, dass sie das unter „kreativ“ versteht und vielleicht ließe sich das noch ausdehnen. Die ÖVP diskutiere am intensivsten über die Themen in der Gemeindevertretung.

Bürgermeister: Es ist auch anzudenken, dass nicht nur die Errichtungs- sondern auch die Betriebs-, Erhaltungs- und Personalkosten zu bedenken sind.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Mittelfristigen Finanzplan zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

11. Europasteg Errichtungs- und Betriebs GmbH

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Mit Schreiben vom 24.10.2011 hat Herr Mag. Dr. Hanspeter Schmalzl mitgeteilt, dass er aufgrund seiner beruflichen Veränderung seine Funktion als Geschäftsführer der Europasteg Errichtungs- und Betriebs GmbH mit 31.12.2011 zurücklegt.

Die Geschäftsführung der Europasteg Errichtungs- und Betriebs GmbH wird ab dem Jahr 2012 neu berufen und organisiert. Aus diesem Grund wird auch der Kämmerer der Stadt Laufen, Herr Manfred Niedermeier, mit Wirkung vom 31.12.2011 die Agenden des Geschäftsführers zurücklegen. Weiters hat mit Schreiben vom 30.11.2011 Herr Dr. Gerhard Schäffer mitgeteilt, dass er seine Funktion als Prokurist der GmbH mit 31.12.2011 zurücklegt.

Geplant ist, dass die Hypo-Leasing in Zukunft die Gesamtgeschäftsführung für die Europasteg Errichtungs- und Betriebs GmbH durchführt. Mit den beiden Städten wird ein Werkvertrag zur Betreuung des Europasteges wie bisher erstellt. Nach Vorlage der Neuorganisation der Geschäftsführung werden die entsprechenden Unterlagen der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgelegt.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Beendigung der Funktionen der beiden Geschäftsführer sowie des Prokuristen der Europasteg Errichtungs- und Betriebs GmbH zur Kenntnis zu nehmen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

12. Übernahme der GP 1065/22 KG Oberndorf in das Öffentliche Gut

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Mit Schreiben vom 29.11.2011 hat der Reinhaltverband Oberndorf und Umgebung um Übernahme der Grundparzelle 1065/22 KG Oberndorf in das Öffentliche Gut ersucht. Die Grundparzelle erstreckt sich von der Kreuzung mit der Haggenstraße bis zur ehemaligen Kläranlage und wird als Straße genutzt.

Seit der Auflassung der Kläranlage und der Klärschlammhalle wird das Straßenstück aufgrund der Anpachtung des Grundstückes der ehemaligen Kläranlage für Zwecke des Bauhofes der Stadtgemeinde vor allem durch diesen bzw. als Teil des Treppelweges zwischen Hallein und der Landesgrenze genutzt.

Die Übernahme des Straßenstückes in das Eigentum der Stadtgemeinde Oberndorf liegt somit im öffentlichen Interesse. Die Parzelle umfasst 4.486 m² und es sind keine grundbücherlichen Lasten eingetragen.

Es ist geplant, für dieses Straßenstück bis zur Gemeindegrenze bei der Bezirkshauptmannschaft Salzburg Umgebung ein „Allgemeines Fahrverbot mit dem Zusatz ausgenommen Anrainer bzw. Berechtigte und Radfahrer“ zu beantragen.“

Anmerkung: Es hat im versandten Amtsbericht einen Zahlensturz bei der Parzellennummer gegeben, das wurde korrigiert!

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Übernahme der Grundparzelle 1065/22 KG Oberndorf kosten- und lastenfrei in das Öffentliche Gut zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

13. Gestattungsvereinbarung mit der Republik Österreich (Treppelweg)

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Der Güterwegerhaltungsverband (GWEV) hat im Jahre 1987 mit der Republik Österreich einen Gestattungsvertrag zur Benützung des sogenannten „Treppelweges“ entlang der Salzach zwischen Hallein und der Landesgrenze Oberösterreich, ausgenommen dem Gebiet der Stadt Salzburg, zur Benützung durch die Öffentlichkeit abgeschlossen. Ergänzend dazu wurde zwischen dem GWEV und der damaligen Marktgemeinde Oberndorf ebenfalls im Jahre 1987 eine Vereinbarung abgeschlossen. In dieser wurde Folgendes vereinbart:

- Aufnahme der Marktgemeinde Oberndorf in den GWEV zum Zwecke der Adaptierung der Salzachtreppelwege als Radwege und deren weitere Instandhaltung
- Übernahme von Adaptierungskosten nach einem vereinbarten Finanzierungsschlüssel
- Organisatorische Abwicklung der Arbeiten

Durch den GWEV in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden und dem Salzburger Gemeindeverband wurde nunmehr ein neuer Gestattungsvertrag ausgearbeitet, welcher auf die geänderten gesetzlichen Grundlagen, vor allem auf die Haftungsfrage, Rücksicht nimmt. Der nunmehr vorliegende Entwurf soll zwischen der jeweils betroffenen Gemeinde und der Republik Österreich direkt abgeschlossen werden. In diesem neuen Vertragswerk wird neben dem Benützungsumfang der Herstellung und Erhaltung auch die Haftung gegenüber Dritten genau definiert. Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, mit der Möglichkeit einer halbjährlichen Kündigung zum Ablauf eines Jahres.

In Oberndorf betrifft die Gestattungsvereinbarung ca. 600 m Treppelweg von der ehemaligen Kläranlage bis zur Stadtgrenze mit der Gemeinde St. Georgen. Alle anderen Wege sind bereits als Gemeindestraßen gewidmet bzw. befinden sich im Eigentum des Reinhaltverbandes Oberndorf und Umgebung. Der jährliche Beitrag für die Erhaltungsarbeiten durch den GWEV beträgt für die Jahre 2012 bis 2014 jeweils € 5.600,-- für Oberndorf.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Abschluss eines Gestattungsvertrages zwischen der Republik Österreich - Öffentliches Wassergut und der Stadtgemeinde Oberndorf zur öffentlichen Nutzung des Treppelweges in Oberndorf zu beschließen. Der genaue Umfang des betroffenen Weges ist im vorliegenden Plan vom 11.10.2011 (Auszug Wasserbuch) dargestellt.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

14. BHAK/BHAS Oberndorf - 7. Nachtrag zum Vertrag vom 12.01.1983/15.04.1983

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Aufgrund der Einbringung der Liegenschaft 810/1 KG Oberndorf in die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG, auf welcher sich das derzeitige Schulgebäude der BHAK/BHAS/PTS und die beiden Turnhallen befinden, ist ein Nachtrag zum Vertrag vom 12.01.1983/15.04.1983, abgeschlossen zwischen dem Bund und der Stadtgemeinde Oberndorf, notwendig.

In diesem 7. Nachtrag wird Folgendes geregelt:

- Übernahme der Abbruchkosten für das derzeitige Schulgebäude und die kleine Turnhalle zu jeweils 50 % Bund und Stadtgemeinde.
- Mietzahlung für das derzeitige Schulgebäude inkl. Turnhallen ab dem Zeitpunkt der Einbringung der Liegenschaft in die Immobilien KG bis zur Übersiedelung in das neue Schulgebäude in der Höhe von € 583,70 pro Monat exkl. USt
- Auflösung des Vertrages vom 12.01.1983/15.04.1983 inkl. aller Nachträge ab dem Zeitpunkt der Übersiedelung in das neue Schulgebäude mit voraussichtlich 01.09.2012. Für die Nutzung der mit Baubescheid vom 13.11.1997 errichteten Normturnhalle auf der Liegenschaft 810/1 und einer neu zu errichtenden Normturnhalle auf der gleichen Liegenschaft ist eine gesonderte Vereinbarung abzuschließen.

Der 7. Nachtrag wurde durch den Landesschulrat für Salzburg in Vertretung für das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur am 16. Nov. 2011 bereits unterfertigt.“

Bürgermeister: Es ist mir bei den Verhandlungen in Wien gelungen, dass der Bund sich bei den Abbruchkosten beteiligen wird, obwohl er dazu rechtlich nicht verpflichtet wäre, weil sie ja nur Mieter sind.

Stadtrat Prem: 50 % wovon? Was kostet der Abbruch? Ich kann nicht zustimmen, wenn ich die Kosten nicht kenne.

Bürgermeister: Der genaue Betrag ist noch nicht bekannt. Es würde also bedeuten, dass ich dem Bund mitzuteilen habe, dass die Gemeindevertretung nach deinem Ermessen die 50%-Beteiligung ablehnt und die vollen 100 % zahlen möchte. Wenn die Turnhalle errichtet wird, wird zuerst ein Teilabbruch erfolgen. Anschließend, je nach der Nutzung, soll sobald wie möglich der Vollabbruch vorgenommen werden. Jetzt geht es allerdings nur darum, das Angebot des Bundes hinsichtlich der 50%-Beteiligung anzunehmen oder nicht.

Dr. Schäffer: Wenn es zum Abbruch des Gebäudes kommt, muss ein Beschluss im Rahmen der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG vorliegen, um den Abbruchauftrag erteilen zu können. Der vorliegende Vertrag beinhaltet nur die Zusage des Bundes, dass im Falle von Abbruchkosten, die gemeinsam beschlossen werden, er diese 50 % übernehmen wird. Nach den alten Verträgen von 1982 wäre der Bund dazu nicht verpflichtet. Das hier ist der Nachtrag zu den Altverträgen. In den Abbruchkosten ist auch die Entsorgung enthalten.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Abschluss des 7. Nachtrages zum Vertrag vom 12.01.1983/15.04.1983 betreffend die BHAK/BHAS Oberndorf zwischen der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, dieses vertreten durch den Landesschulrat für Salzburg, und der Stadtgemeinde Oberndorf in der vorliegenden Form zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): 20 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen (Fraktion der NOW)

15. Aufhebung des Pfandrechtes auf Gst. 911/6 KG Oberndorf

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 26.06.1997 wurde für den Grundankauf der Fa. Schäfer durch Herrn Karl Schäfer im Gewerbegebiet Süd von der Familie Rosenstatter durch die damalige Marktgemeinde Oberndorf eine Sicherstellung für die 2. Kaufpreishälfte in der Höhe von ATS 1,577.100,-- beschlossen bzw. vorfinanziert. Die Vorfinanzierung wurde vertraglich vereinbart und grundbücherlich sichergestellt. Seitens Herrn Karl Schäfer wurde der Kaufpreis wertgesichert in der Höhe von € 124.116,21 (ATS 1,707.876, 31) an die Stadtgemeinde Oberndorf im Mai 2002 überwiesen.

Aufgrund der Bezahlung der Kaufpreisrestforderung kann die grundbücherliche Sicherstellung somit gelöscht werden.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Löschung der grundbücherlichen Sicherstellung der Kaufpreisrestforderung gemäß Vereinbarung vom 27.5.1997 / 28.05.1997 / 03.06.1997 / 19.6.1997) betreffend der Liegenschaft Grundstück 911/6 KG Oberndorf zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

16. Bedarfsfeststellung nach dem Salzburger Kinderbetreuungsgesetz

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Das Salzburger Kinderbetreuungsgesetz sieht in § 9 (4) vor, dass die Gemeindevertretung auf Antrag von Tagesbetreuungseinrichtungen den Bedarf der Kinderbetreuungseinrichtungen per Bescheid festlegt. Nunmehr ist seitens der Betreuungseinrichtungen Salzburger Hilfswerk und Tageselternzentrum der Antrag auf Ausstellung eines Bedarfsbescheides für das Jahr 2012 eingebracht worden.

Aufgrund im Stadtamt aufliegender Daten werden Oberndorfer Kinder durch das Salzburger Hilfswerk und das Tageselternzentrum betreut. Nach den bisherigen Erfahrungen wird analog zu den Beschlüssen der Vorjahre der Bedarf an 7 bis maximal 10 Ganztagesjahresbetreuungsplätzen vorgeschlagen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Ausstellung eines Bedarfsbescheides für das Salzburger Hilfswerk und das Zentrum für Tageseltern in Salzburg zu beschließen, wobei jeweils der Bedarf mit 7 bzw. maximal 10 Tageskindern festgehalten wird.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

17. Kinderspielplatz Gst. 1238/4 KG Oberndorf - Abänderung des Beschlusses

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„In der Sitzung der Gemeindevertretung vom 11.05.2011 wurde der Verkauf des Grundstückes 1238/4 (Kinderspielplatz) an die GSWB zu einem Preis von € 145,-- pro m2 beschlossen. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass die Errichtung eines öffentlich zugänglichen Spielplatzes als Dienstbarkeit in einer geographisch etwas veränderten Lage zum derzeitigen Bestand festzuhalten ist.

Laut Auskunft der GSWB vom November 2011 hat bei einer grundbücherlichen Sicherstellung der Dienstbarkeit eines Kinderspielplatzes die Stadtgemeinde 50% der für den Betrieb notwendigen und anfallenden Kosten (Instandhaltung, Wartung etc.) zu tragen. Nachdem sich die Käuferin in dem nunmehr vorliegenden Vertragsentwurf im § 8 (Kinderspielplatz) zur Errichtung eines nach Art und Größe vergleichbaren Spielplatzes verpflichtet hat, kann von einer grundbücherlichen Sicherstellung abgesehen werden, da insbesondere die Nutzung durch die GSWB-Siedlung erfolgen wird und im Bereich der J.-Dietzinger-Straße ein öffentlicher Spielplatz zur Verfügung steht.

Der Vertragsentwurf sieht im § 5 als aufschiebende Bedingung die Wirksamkeit des Kaufvertrages zwischen der GSWB und Franz Holztrattner vor, der wiederum als aufschiebende Bedingung eine rechtskräftige Flächenwidmung mit der Widmung „Erweitertes Wohngebiet“ und einen rechtskräftigen Bebauungsplan der Grundstufe mit einer GFZ von zumindest 0,8 vorsieht.“

Stadtrat Mag.(FH) Danner: In der Diskussion im Mai war Thema, dass die Preisgestaltung dort so günstig ist, weil wieder ein öffentlich nutzbarer Kinderspielplatz mit der Sicherung durch eine entsprechende Dienstbarkeit errichtet wird. Man müsste jetzt über den Kaufpreis nachverhandeln, wenn er nicht mehr öffentlich nutzbar ist.

Bürgermeister: Ich lade die GSWB dazu ein, doch wird sie nicht zustimmen. Wir sparen uns sogar 50 % der Kosten bei der Erhaltung.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Das Argument des günstigeren Kaufpreises entfällt meiner Meinung nach. Der Verkehrswert eines Baugrundes ist sicher dort wesentlich höher als 145 Euro. Man könnte sagen, wir machen ein Teilschuldeingeständnis an dem Problem, das die gesamte Geschichte verursacht hat. Doch es hieß damals, der Kaufpreis ist deswegen so günstig, weil die GSWB auf eigene Kosten einen öffentlich verfügbaren Kinderspielplatz errichtet.

Bürgermeister: Der Grund hätte uns auch nicht gehört, wir hätten nur zu einer Zahlung beigetragen, die seinerzeit schon keinen Sinn gemacht hat. Die Ersparnis für uns ist das Mittragen der Instandhaltung und Nachausrüstung, die oftmals sehr zu Buche schlägt. Wir können froh sein, wenn uns diese Belastung entfällt. Wenn wir das nochmals aufrollen, fürchte ich um die Erledigung der Thematik Holztrattner und die Causa würde wieder von vorne beginnen. Was wir einsetzen müssten (Rechtsanwaltskosten), wenn die Sache Holztrattner nicht abgeschlossen wird, wäre wesentlich mehr, als wenn die Sache in dieser Form abgeschlossen wird. Wir erreichen vielleicht einen Mehrpreis von 10 Euro. Ich weiß nicht, ob wir damit glücklich wären und bitte daher, dem Vorschlag im Amtsbericht mit dem Vertragsentwurf zuzustimmen. Es geht um den Abschluss einer jahrelangen Sache, die nur noch schwieriger werden würde.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Abänderung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 11.05.2011 und damit verbunden den Verzicht der Dienstbarkeit eines öffentlich zugänglichen Kinderspielplatzes zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

18. Aufträge, Anschaffungen

Am 13. Dezember ist der Kostenvoranschlag für die Restaurierung des Putto an der Nepomuk-Statue eingegangen. Wir wissen, dass dieser absichtlich beschädigt wurde und die Figur mit einiger Kraftanstrengung heruntergestoßen wurde. Dies wurde vom Restaurator Herrn Bunia bestätigt. Die Sanierungskosten betragen € 6.996,-. Wir werden versuchen, vom Denkmalamt einen Beitrag zu bekommen. Bitte um Zustimmung. Wir werden den Auftrag erst dann erteilen, wenn wir wissen, wie die Jahresrechnung 2011 aussieht.

Dipl.-Ing. Müller: Das Bundesdenkmalamt wird sich an den Kosten beteiligen, die Höhe ist jedoch noch nicht bekannt. Ein entsprechender Antrag soll bis nächste Woche gestellt werden. Mitte Jänner wird es in Salzburg eine Ausstellung geben, wo der restaurierte Putto ausgestellt werden soll, um zu zeigen, was machbar ist. Das Bundesdenkmalamt wäre an einer möglichst schnellen Bestätigung interessiert.

Frau Moßhammer: Es sind noch Mittel vorhanden, die dafür eingesetzt werden könnten.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Ich nehme an, dass die Sache angezeigt wurde und Ermittlungen eingeleitet wurden.

Bürgermeister Schröder stellt dazu fest, dass er angerufen wurde und vor Ort mit dem Bauhofleiter die Polizei verständigt habe (*der Bürgermeister informiert die GV über die Geschehnisse in dieser Nacht*). Der diensthabende Polizist habe ihn davon überzeugen wollen, dass der Engel möglicherweise doch von selbst zu Boden gestürzt sei. Wie die Ermittlungen laufen, kann derzeit nicht gesagt werden. Tags darauf wurde sofort Herr Bunia eingeschaltet, der bestätigte, dass so etwas nur durch Gewalteinwirkung passieren kann. Die Polizei wird sich natürlich umhören, auch in den Lokalen, darum habe er gebeten.

Der Bürgermeister weiter: Ich werde prüfen lassen, obwohl ich damit keine Freude habe, ob man eine Überwachungskamera in dem Bereich anbringen kann. Wir werden das mit der Datenschutzkommission klären. Es ist traurig, dass kranke Geister selbst vor der Zerstörung derartiger Denkmäler, die 300 Jahre bestehen und auch sakrale Wirkung haben, nicht zurückschrecken.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Sicherheit ist ja ein Hobby von mir. Wenn man heute die Zeitung liest, sieht man, dass es wieder Dämmerungseinbrüche gab. Die Polizei bemängelt, dass Menschen Dinge hören und auch sehen und nicht melden. Beobachten und melden ist das Wichtigste! 133 anrufen kostet nichts. Man wird auch nicht ausgelacht.

Bürgermeister Schröder informiert noch: Der zweite Engel wurde deshalb heruntergenommen, weil wir befürchtet haben, dass auch dieser zu Boden gestoßen wird. Er wird dann verstärkt befestigt.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, ersucht der Bürgermeister um Abstimmung über den Auftrag zur Restaurierung. Er stellt den **Antrag, die Auftragsvergabe gemäß dem vorliegenden Anbot des Restaurators Sebastian-Jan Bunia zu einem Gesamtbetrag von €6.996,- zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (21 GV anwesend, GV Auzinger war nicht im Sitzungszimmer):
Wird einstimmig beschlossen.**

19. Subventionen

19.1. Veranstaltungen 2012

Folgende Veranstaltungen und Aktionen im Jahr 2012 sind durch die Gemeindevertretung zu beschließen:

- Fahrkartenaktion Lokalbahn (Semesterferien, Osterferien, Sommerferien, Weihnachtsferien von 24.12.2012 - 06.01.2013 und die Wintersemesterferien 2012/2013)
- Fahrkartenaktion Lokalbahn Autofreier Tag (September)
- Schikurs Schiclub Oberndorf
- Gemeinsame Ferienaktion mit der Stadt Laufen
- Sports4Fun
- Straßentheater

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die vorstehenden Veranstaltungssubventionen zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (21 GV anwesend, GV Auzinger war nicht im Sitzungszimmer):
Werden einstimmig beschlossen.**

19.2. Vereinssubventionen

Die Unterlagen der Vereine als Grundlage zur Auszahlung des 2. Teilzahlungsbetrages sind ordnungsgemäß eingegangen und durch den Jugend- und Sportausschuss in seiner Sitzung vom 29.11.2011 zur Beschlussfassung empfohlen worden.

Verein	Vorjahres-Subvention	1. Teilzahlung 40%	2. Teilzahlung 60%
Turnverein	€ 3.000,--	€ 1.200,--	€ 1.800,--
Schiclub	€ 3.250,--	€ 1.300,--	€ 1.950,--
OSK	€ 7.600,--	€ 3.000,--	€ 4.600,--
Taekwondo Verein	€ 1.800,--	€ 700,--	€ 1.100,--
Tischtennisclub	€ 1.100,--	€ 400,--	€ 700,--
Schulsportverein	€ 2.000,--	€ 800,--	---
Schachclub	€ 500,--	€ 200,--	€ 300,--

Der Schulsportverein verzichtet auf die Auszahlung des 2. Teilbetrages. Der Schachclub muss den Kassenbericht noch nachreichen, erst danach erfolgt die Auszahlung des 2. Teilbetrages. Da der Schulsportverein auf die Auszahlung des 2. Teilbetrages verzichtet, empfiehlt der Jugend- und Sport- Ausschuss den nicht zur Auszahlung gelangenden Betrag in der Höhe von € 1.200,00 dem Taekwondo Verein zur Trainerförderung auszusahlen.

2. Vizebgm. Mayrhofer denkt, dass Midnight Sports & Music weitergeführt werden soll, wenn es funktioniert. Dies sollten wir mit aufnehmen.

Bürgermeister: Wir nehmen hier € 1.000,-- hinein, vorbehaltlich die Aktion findet statt. Budgetiert ist der Betrag. Doch wir müssen prüfen, ob es unter derselben Bereitschaft des JUZ läuft. Es gibt eine AKM-Vorschreibung, weil hier Musik gemacht wird. Die Höhe der Rechnung kenne ich noch nicht. Es wird diesbezüglich natürlich noch Gespräche geben.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Der Schulsportverein nimmt die eingepflanzten € 1.200,-- nicht in Anspruch. Wir beschließen, diesen Betrag 1 : 1 dem Taekwondo Verein weiterzugeben. Der

Verein verdient höchste Wertschätzung, doch ich denke, wir sollten den zusätzlichen Topf für alle aufmachen. In Zukunft sollte man alle Vereine anschreiben und den Betrag für die allgemeine Trainerförderung verwenden. Es soll jeder einreichen können und anteilig die Kosten aus diesem Topf verteilt werden. Ich weiß von einigen Vereinen in Oberndorf, die ihre Trainer auch zu Schulungen schicken und bitte, dass man dies beim nächsten Mal so macht.

Bürgermeister: Ich wecke nicht sehr gerne Bedürfnisse. Der OSK hat auch schon einmal für Trainerausbildung angesucht und hat zusätzliche Mittel bekommen. Heuer sind es diese € 1.200,--, die zur Verfügung stehen, im nächsten Jahr werden wir sie nicht mehr budgetieren, weil der Schulsportverein bereits das 2. Mal darauf verzichtet. Es ist Sache jedes Vereins, von sich aus um Trainerförderung anzusuchen. Einen Verein anzuschreiben, halte ich nicht für richtig. Das widerspricht dem, was wir unter TOP 6. - Jahresvoranschlag beschlossen haben.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Die Vereine sollen die Belege für jene Trainerausbildung, zu der schon geschickt wurde, einreichen.

Bürgermeister: Das machen sie immer mit ihrem Ansuchen um Jahressubvention.

1. Vizebgm. Feichtner: Wenn ein Verein Trainerförderung nötig hat, werden wir das fallweise prüfen. Wir sollten uns jedes Jahr ansehen, was tatsächlich an Trainerförderung anfällt. Der Taekwondo Verein hat heuer 3.000 Euro aus der eigenen Tasche bezahlt. Im nächsten Jahr schauen wir, ob es die Möglichkeit überhaupt gibt zu unterstützen und ob es notwendig ist. Wir hatten im Jugend- und Sportausschuss ein gutes Gespräch darüber.

GV Strobl: Die AKM-Vorschreibung müssen wir sicher nicht bezahlen, weil das Jugendzentrum die Veranstaltung durchgeführt hat und wir zahlen einmal pro Jahr.

Bürgermeister: Veranstalter ist die Stadtgemeinde mit Unterstützung des Jugendzentrums, doch wir werden darauf zurückkommen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die vorstehenden Vereinssubvention gemäß Empfehlung des Jugend- und Sportausschusses zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend, Stadtrat Mag.(FH) Danner war nicht im Sitzungszimmer): Werden einstimmig beschlossen.

19.3. Special Olympics

Eine Förderung für die Special Olympics soll nur gewährt werden, wenn ein Oberndorfer Sportler daran teilnimmt.

Wird zur Kenntnis genommen.

19.4. Kunstinitiative Kreisverkehr

Es liegt ein Ansuchen von Mag. Thomas Stadler um finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 1.200,-- vor. Das Projekt wird von EuRegio und Bund unterstützt.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Subvention in der Höhe von € 1.200,-- zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

19.5. Landesverein f. Imkerei u. Bienenzucht Salzburg, Ortsgruppe Oberndorf-Göming
Obmann Stadler von der Ortsgruppe Oberndorf-Göming ersucht mit Schreiben vom 6. Dezember 2011 um Beihilfe zu den Kosten der Varroa-Bekämpfung.

Der Verein leistet wertvolle Arbeit für den Erhalt der heimischen Flora mit viel Eigenmitteleinsatz. Die Schädlingsbekämpfung ist sehr kostenintensiv. Es wird vorgeschlagen, einen einmaligen Subventionsbetrag für die vergangenen Jahre und heuer für diese wichtige Arbeit des Imkervereins in der Höhe von € 500,-- auszuzahlen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag auf Auszahlung der vorgeschlagenen Subvention.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

20. Allfälliges

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Gibt es etwas Neues in Sachen Reha?

Bürgermeister: Derzeit höre ich, dass mit Anfang Jänner der Vertrag für 30 UC/NC-Betten genehmigt wird. Es wird noch um den Satz verhandelt.

GV Schick stellt fest, dass die Ausfahrt vom Musikum auf die Salzburger Straße gefährlich sei, ob man nicht einen Verkehrsspiegel installieren könnte.

Bürgermeister: Die Mauer wurde bereits niedriger gesetzt, die Bepflanzung wurden zurückgeschnitten. Ein Verkehrsspiegel an dieser Stelle ist ein Problem, wir befinden uns im „Diskobereich“ (Vandalismus!). Doch man wird sich die Situation mit der Polizei ansehen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich Bürgermeister Schröder für die konstruktive Mitarbeit der Gemeindevertretungsmitglieder das gesamte Jahr über und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Stadtamt für die Zusammenarbeit. Er hält abschließend fest: ich gehe davon aus, dass jeder das Beste will und wir die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam meistern werden. Ich bitte um Unterstützung für die Weiterentwicklung von Oberndorf, wünsche ein schönes Weihnachtsfest und Gesundheit für 2012, was das Wichtigste ist. Er schließt die Sitzung um 21.20 Uhr.

Die Schriftführerin:
gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:
gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 14.12.11

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
4.	Protokoll vom 12.10.2011		
6.	Jahresvoranschlag 2012		
7.	Jahresvoranschlag Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG 2012		
8.	Haushalt 2012		
9.	Stellenplan 2012 a) Allgemein b) Seniorenwohnhäuser c) Krankenhaus		
10.	Mittelfristiger Finanzplan		
11.	Europasteg GmbH - Beendigung von Funktionen		
12.	Übernahme GP 1065/22 ins Öffentliche Gut		
13.	Gestattungsvereinbarung f. Treppelweg		
14.	BHAK/BHAS - 7. Vertragsnachtrag		
15.	Aufhebung Pfandrecht auf Gst. 911/6		
16.	Bedarfsfeststellung n. d. Sbg. Kinderbetreuungsgesetz		
17.	Kinderspielpl. Gst. 1238/4 - Abänderung Beschluss v. 11.05.2011		
18.	Auftrag Reparatur Nepomuk-Statue		
19.	Subventionen		